

FACTSHEET

27.08.2022

Übergewinne besteuern

Wie Österreich die Übergewinne der Energieunternehmen identifizieren und abschöpfen kann

Zusammenfassung

AK und ÖGB legen ein konkretes Modell zur Besteuerung der Übergewinne im Energiesektor mit 60 bis 90% vor. Für Investitionen in erneuerbare Energieträger soll es eine sofortige und vollständige Abzugsmöglichkeit geben. Das Modell ist für die Jahre 2022 bis 2024 befristet. Von den geschätzten *jährlichen* Übergewinnen von etwa 4 bis 5 Mrd. € im Geltungszeitraum sollen im AK-ÖGB-Modell 1 bis 1,5 Milliarden Euro für Investitionen in Erneuerbare abgezogen und weitere 1,5 bis 2,2 Milliarden Euro pro Jahr zur Finanzierung von Anti-Teuerungsmaßnahmen abgeschöpft werden.

Rekordteuerung in Österreich

Laut aktueller WIFO-Prognose vom Juni wird die durchschnittliche Inflationsrate 2022 bei 7,8% liegen – eine Revision nach oben im Rahmen der Herbstprognose ist wahrscheinlich. Das ist der höchste Wert seit 1975. **Das Gros der Teuerung kommt aus dem Energiesektor.** Die Energieunternehmen geben dabei nicht nur importierte Preissteigerungen weiter, sondern treiben die Preise auch durch Steigerung der eigenen Gewinnmargen, insbesondere bei Strom und Treibstoffen. Das heißt, den sozialen Kosten der Bevölkerung und den kostspieligen Entlastungsmaßnahmen, die die SteuerzahlerInnen zu finanzieren haben, stehen enorme Übergewinne in vielen Energieunternehmen gegenüber.

In vielen Ländern Europas wird deshalb schon länger über die Einführung von Übergewinnsteuern im Energiesektor diskutiert. Viele Staaten wie Rumänien, Italien, Spanien, Ungarn oder Großbritannien haben bereits unterschiedliche Modelle der Besteuerung umgesetzt. In weiteren Staaten wie Belgien oder Deutschland finden intensive Debatten statt. Zuletzt hat die tschechische Regierung angekündigt, eine Übergewinnsteuer auf Energiekonzerne einführen zu wollen.

Abbildung 1: Länder mit Übergewinnsteuern



In Österreich hat nach Bundeskanzler **Nehammer** zuletzt auch Vizekanzler **Kogler** Sympathie für die Einführung einer Übergewinnsteuer durchklingen lassen.

- „Zufallsgewinne bei Unternehmen mit staatlicher Beteiligung gehören dem Volk und nicht den Unternehmen alleine.“

Kanzler Karl Nehammer in der Tiroler Tageszeitung am 5.5.

- „Es geht mir ja darum, dass man einen machbaren und auch einen verfassungskonformen Vorschlag macht. Und das ist halt nicht so leicht, wie es sich manche vorstellen und in die Arena reinrufen und einfach Übergewinnsteuer verlangen. Das muss man schon genau, das muss man schon genau konstruieren.“

Vizekanzler Werner Kogler im ORF Sommergespräch am 15.8.

AK und ÖGB legen dazu jetzt ein konkretes Modell vor, wie eine solche Steuer umgesetzt werden kann.

Ziel: die Übergewinnsteuer soll einen Teil der Übergewinne zur Finanzierung der Anti-Teuerungsmaßnahmen abschöpfen (Zweckwidmung: z.B. Energiepreisdeckel für Haushalte), unter ausreichendem Spielraum und Anreiz für den klimapolitisch notwendigen Ausbau erneuerbarer Energieträger.

Ausgangspunkt der Übergewinnsteuer ist die Rekordteuerung, die laut WIFO zu 3/4 von steigenden Energiepreisen getrieben ist. Diese wiederum basieren zu wesentlichen Teilen auf gestiegenen Gewinnmargen der Energieunternehmen – teilweise bedingt durch die kriegsbedingten Verzerrungen am Strommarkt, teilweise bedingt durch das Ausnutzen von Marktmacht, z.B. in der Mineralölwirtschaft. Die Energieunternehmen sind ursächlich (mit)verantwortlich für die Rekordteuerung und die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Kosten. Ein befristeter steuerlicher Beitrag des Sektors zur Finanzierung der staatlichen Hilfsprogramme erscheint damit **verfassungsrechtlich gut begründbar** – ähnlich der Bankenabgabe im Anschluss an die Finanzkrise. Wer insinuiert, dass die Maßnahme willkürlich sei und bei einer Einführung auch andere erfolgreiche Unternehmen oder Branchen „bedroht“ seien, übersieht die sachliche Rechtfertigung der Übergewinnsteuer durch die besondere ökonomische Krise durch die Rekindinflation – oder will sie nicht sehen.

Übergewinnsteuer – Das Modell

Steuersubjekt sind Energieunternehmen im Inland. Das sind – in Anlehnung an das italienische Modell – insbesondere Unternehmen, die

- Erdgas, Biomethan, Flüssiggas oder andere Gase zum Zwecke der energetischen Nutzung fördern, erzeugen, speichern, fernleiten, liefern oder handeln
- Strom erzeugen¹, übertragen, liefern oder handeln
- Rohöl fördern, speichern, liefern oder handeln
- Mineralölerzeugnisse herstellen, speichern, liefern oder handeln

Wie in den anderen europäischen Staaten wird auf die Ebene der Einzelgesellschaft abgestellt und keine Konzernbetrachtung gewählt. Auch wenn dadurch wesentliche Teile der Übergewinne der OMV nicht in die Bemessungsgrundlage fallen, ist dieser Ansatz zu bevorzugen, weil er mehr Rechtssicherheit und eine raschere Umsetzung verspricht.

Für Kleinstunternehmen bis zu einem Umsatz von 1 Mio. € gibt es eine Bagatellgrenze.

Steuerobjekt (Bemessungsgrundlage) sind die Übergewinne. Das sind die Gewinne des jeweiligen Jahres gegenüber dem Referenzgewinn (Durchschnitt der Gewinne 2019 bis 2021)².

Gewinnbasis ist das sogenannte **EBITDA**, also der **Unternehmensgewinn vor Abschreibungen, Finanzergebnis und Steuern**. Der Vorteil dieser Kennzahl liegt darin, dass sie sehr stark am operativen Geschäft orientiert ist und damit die Übergewinne der Unternehmen bestmöglich abbildet. Verzerrungen z.B. durch die Neubewertung von Beteiligungen oder Ähnliches können minimiert werden.

Investitionen in erneuerbare Energieträger wie Photo-Voltaik-Anlagen und Windräder, die einem inländischen Betrieb oder einer Betriebsstätte im Inland zugerechnet werden, können vom Übergewinn in Abzug gebracht werden. Das entspricht einer Art **Superabzug für Erneuerbare**, die anders als bei der sonst üblichen Abschreibung für Abnutzung (AfA) nicht über die Zeit verteilt, sondern im Jahr der Anschaffung sofort zu 100% der Anschaffungskosten absetzbar sind.

¹ Es gelten die Befreiungen für Eigenbedarf gem § 2 Elektrizitätsabgabegesetz.

² Um Verzerrungen zu vermeiden, soll bei Umgründungen eine Gewinnbereinigung auf Basis der Spaltungs- bzw Verschmelzungsbilanzen vorgenommen werden.

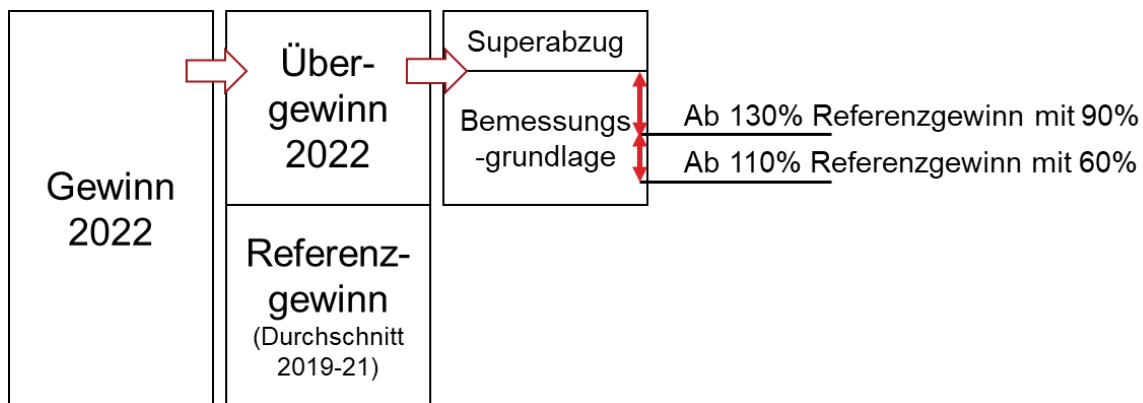
Der **Steuertarif** ist wie folgt gestaltet: Gewinnanteile ab

- 110% des Referenzgewinns: 60%
- 130% des Referenzgewinns: 90%

Um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden ist die Übergewinnsteuer von der Einkommen- bzw Körperschaftsteuer absetzbar.

Die Bagatellgrenze von 10% stellt sicher, dass neben dem „Normalgewinn“ auch eine gewisse Gewinnsteigerung nicht der Übergewinnsteuer unterliegt.

Abbildung 2: Schematische Darstellung Funktionsweise



Die **Ausgestaltung** der Übergewinnsteuer sollte – wie die „Bankenabgabe“ – als eigenständige Sonderabgabe konzipiert sein. Das bietet größere Flexibilität in der Ausgestaltung, z.B. die Klassifizierung als ausschließliche Bundesabgabe.

Die **Erhebung der Steuer** erfolgt auf Basis von Erklärungen der steuerpflichtigen Unternehmen. Die Erklärung könnte mit der Erstellung des Jahresabschlusses erfolgen. Das ist üblicherweise der September des Folgejahres. Bei börsennotierten Konzernen, wo der Abschluss wegen der Hauptversammlungen im Frühjahr schon früher vorliegt, kann die Erklärung entsprechend früher erfolgen.

Da das Gros der Übergewinne (vor allem im Strombereich) erst für die Folgejahre erwartet wird, sollte die **Laufzeit** der Übergewinnsteuer jedenfalls die Jahre **2022 bis 2024** umfassen. Wenn die Übergewinnsteuer noch 2022 beschlossen wird, stellt die Erfassung der Übergewinne 2022 keine echte Rückwirkung dar und sollte ob der besonderen Umstände jedenfalls verfassungskonform sein.

Die bereits beschlossene Senkung der **Körperschaftsteuer** (ab 2023) ist insbesondere im Anbetracht der Teuerungskrise und der damit zusammenhängenden hohen zu erwartenden fiskalischen Ausgaben zurückzunehmen.

Zahlengerüst

Die aktuelle Marktlage ist mit hoher Unsicherheit verbunden. Das gilt auch für Prognosen zum Aufkommen einer Übergewinnsteuer. Auf Basis der Bilanzen und Analystenschätzungen für die wichtigsten Energieunternehmen (insbesondere Verbund und OMV) lassen sich aber durchaus Größenordnungen bestimmen.

Abbildung 3: Erwartetes Aufkommen der Übergewinnsteuer

in Mrd. €	2022	2023	2024
Übergewinne	4,2	5,3	4,0
Superabzug Erneuerbare	1,3	1,3	1,3
Aufkommen Übergewinnsteuer (brutto)	2,1	3,0	2,0

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis Unternehmensbilanzen und Analystenschätzungen

So sind im Geltungszeitraum Übergewinne von 4 bis gut 5 Mrd. € zu erwarten. Das ist etwas konservativer als die Schätzung der Europäischen Energieagentur³.

Von diesen 4 bis 5 Mrd. € würden durch das AK-ÖGB-Modell

- 1 bis 1,5 Mrd. € für Investitionen in Erneuerbare abgezogen
- 2 bis 3 Mrd. € abgeschöpft, von denen nach Abzug der Aufkommensverluste bei der Körperschaftsteuer noch 1,5 bis 2,2 Mrd. € zur Finanzierung der Anti-Teuerungsmaßnahmen verbleiben

Diese **Einnahmen sind budgetär dringend notwendig**, es befinden sich nämlich nicht nur die Steuereinnahmen, sondern auch die Staatsausgaben auf Rekordniveau. Für 2022 ist ein strukturelles Budgetdefizit von 3 bis 3,5% des BIP zu erwarten. Laut EU-Fiskalregeln – die ausgesetzt sind – wären 0,5% zulässig. Die Erwartung, dass die Situation 2023 wegen wegfallender Einmalmaßnahmen besser würde, ist trügerisch. Angesichts der absehbaren weiteren Steigerungen bei den Energiepreisen ist zu erwarten, dass die Anti-Teuerungsmaßnahmen nicht nur verlängert, sondern sogar ausgeweitet werden müssen. So zu tun, als ob der Staat im Geld schwimme und keine Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Hilfspakete notwendig wären, ist fahrlässig.

Die teilweise diskutierten „**Sonderdividenden**“ sind keine Alternative zur Übergewinnsteuer, weil diese nur bei Verbund und TIWAG in Aussicht stehen und in Summe deutlich geringere Einnahmen erwarten lassen. Bei der OMV ist der Staat Minderheitseigentümer und kann keine Sonderdividende veranlassen. Würde sie vereinbart, käme sie überwiegend privaten Aktionär:innen zugute. Bei kleineren Strom- oder Mineralölunternehmen sind die Eigentumsverhältnisse überhaupt rein privat. Im Sinne einer gleichmäßigen Abschöpfung der Übergewinne ist die Übergewinnsteuer die effektivere und auch gerechtere Lösung.

³ Die Europäische Energieagentur hat die Übergewinne im Stromsektor der EU-Staaten auf 200 Mrd. € geschätzt. Wenn man diese Größenordnung mit dem BIP-Anteil auf Österreich umlegt, legt das Übergewinne von 5 bis 6 Mrd. € nahe.